

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Walter Kretschmer
Verlagsnummer: 25 841
Postfachnummer: 25 841
Schlüsselnummer: 25 841
Verleger: H. L. Wittenberg 25/48

Bezugspreis bei 100% zweimonatlicher Zahlung monatlich 1.20 RM. (postfrei) 70 Pf. (inkl. Porto), bei 3-monatlicher Zahlung 3.50 RM. (postfrei) 210 Pf. (inkl. Porto), bei 6-monatlicher Zahlung 6.80 RM. (postfrei) 420 Pf. (inkl. Porto), bei 1-jährlicher Zahlung 13.60 RM. (postfrei) 840 Pf. (inkl. Porto).
Abbestellfrist: 14 Tage vor Ablauf der Zahlungsfrist.
Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. (10 Buchstaben = 1 Zeile).
Lithographie: 50 mm breite Zeile 20 Pf., bis 100 mm breite Zeile 40 Pf., bis 150 mm breite Zeile 60 Pf., bis 200 mm breite Zeile 80 Pf., bis 250 mm breite Zeile 100 Pf., bis 300 mm breite Zeile 120 Pf., bis 350 mm breite Zeile 140 Pf., bis 400 mm breite Zeile 160 Pf., bis 450 mm breite Zeile 180 Pf., bis 500 mm breite Zeile 200 Pf., bis 550 mm breite Zeile 220 Pf., bis 600 mm breite Zeile 240 Pf., bis 650 mm breite Zeile 260 Pf., bis 700 mm breite Zeile 280 Pf., bis 750 mm breite Zeile 300 Pf., bis 800 mm breite Zeile 320 Pf., bis 850 mm breite Zeile 340 Pf., bis 900 mm breite Zeile 360 Pf., bis 950 mm breite Zeile 380 Pf., bis 1000 mm breite Zeile 400 Pf.

Druck u. Verlag: Kretschmer & Wittenberg
Druck: Kretschmer & Wittenberg
Verlag: Kretschmer & Wittenberg
Vertrieb: Kretschmer & Wittenberg
Abbestellfrist: 14 Tage vor Ablauf der Zahlungsfrist

Hindenburg lehnt Hitlers Vorschlag ab

Wahrscheinlich neues Präsidialkabinett

Berlin, 24. Nov. Staatssekretär Dr. Meißner hat heute nachmittag im Auftrag des Reichspräsidenten in einem Brief an Adolf Hitler dessen Gegenvorschlag auf Beauftragung mit dem Kanzleramt einer Präsidialregierung ablehnend beantwortet. Der Staatssekretär gibt aber im Auftrag des Reichspräsidenten der Erwartung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen Hitler und Hindenburg eines Tages doch noch zustande kommen werde und betont, daß der Reichspräsident jederzeit Herrn Hitler zu einer Aussprache irgendwelcher Art zur Verfügung stehe.

Adolf Hitler hat den Brief des Staatssekretärs Dr. Meißner umgehend mit einem zwei Seiten langen Schreiben beantwortet. Dieses Schreiben wird in Zusammenhang mit dem Schreiben des Staatssekretärs Dr. Meißner veröffentlicht werden.

Hindenburgs Gründe

Berlin, 24. Nov. Ueber die Antwort des Reichspräsidenten an Hitler wird folgendes amtliches Kommuniqué verbreitet: In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Bestimmung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Festsetzung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaube, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Unabwieslichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er bezweifeln müsse, daß ein von Herrn Hitler geleitetes Präsidialkabinett sich zwangsläufig an einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen einer außerordentlichen Verschärfung der Gegenläufe im deutschen Volk entwickeln würde, die herbeiführt zu haben, der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel, der im Wortlaut im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden wird.

Empfänge im Reichspräsidentenpalais

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Nov. Mit der Veröffentlichung der zwischen Adolf Hitler und dem Reichspräsidenten gewechselten Schriftstücke und der damit zum Ausdruck gebrachten Bedeutung des Versuches einer Kanzlerkandidatur Hitlers hat die politische Spannung, die während der letzten Tage alle an den Vorgängen mittelbar oder unmittelbar beteiligten Kreise beerrlichtete, ihren Höhepunkt überschritten. Den weiteren Ereignissen sieht man eigentlich mit weitestgehend geringem Interesse zu. Man ist allgemein der Auffassung, daß der Zentrumsführer Prälat Kaas, der heute nachmittag vom Reichspräsidenten empfangen wurde, die ihm vorliegende Frage, für die er sich bis Freitagabend auszusprechen hat, ob noch eine weitere Möglichkeit zur Bildung eines parlamentarischen Kabinetts bestand, verneinen wird.

Der Briefwechsel zwischen Hindenburg und Hitler

Berlin, 24. November. Amtlich wird mitgeteilt: In der Unterredung, die am Sonnabend, dem 19. November, zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand,

erklärte Herr Hitler,

daß er seine Bewegung nur für eine Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stände. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Verhandlungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werde. Dagegen schloß sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Reichsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen.

Bei seiner zweiten Besprechung am Montag, dem 21. November, vormittags, übergab der Herr Reichspräsident dem Herrn Adolf Hitler die folgende formulierte Erklärung:

„Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts verwerfe. Ich verheiß unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Mann geleitet wird und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung

Die Nationalsozialisten haben heute durch den Mund des Reichspräsidenten erklären lassen, daß sie nicht gewillt sind, ein Kabinett, das nicht unter ihrer Führung steht, zu tolerieren.

Auf die Unterführung der Nationalsozialisten kann also auch Kaas nicht zählen, und weitere parlamentarische Möglichkeiten sind nicht vorhanden.

Das Gerücht, daß Kaas versuchen könnte, mit den Sozialdemokraten in eine Verbindung zu treten, ist vollkommen unbegründet und würde auch den Wünschen des Reichspräsidenten, der selbstverständlich nicht an ein Zusammenarbeiten mit einer an den Kommunisten drängenden Sozialdemokratie denkt, widersprechen. Wie es heißt, wird der Reichspräsident, in dessen Hand wieder die ganze Entscheidung liegt, bereits am Sonnabend oder Sonntag die Folgerungen aus der Lage ziehen. Diese können nach allgemeiner Ansicht nur in der

Rückkehr zum System des Präsidialkabinetts

bestehen. Jedoch läßt sich heute noch nicht sagen, ob der Reichspräsident erneut den jetzt geschäftsführenden Reichskanzler von Pappe mit der Leitung des neuen Präsidialkabinetts betraut. Bei den wenigen Namen, die in diesem Zusammenhang sonst noch genannt werden, handelt es sich lediglich um Vermutungen, da eine Entscheidung des Reichspräsidenten la noch aussteht und allerhöchstens nach der erneuten Rücksprache mit dem Zentrumsführer Kaas getroffen werden wird. Zutreffend dagegen könnte es sein, daß falls eine Rückkehr Papens erfolgt, das Kabinett in personeller Hinsicht einige Änderungen aufweise, da schon vor dem Rücktritt entgegen den verschiedensten Dementis doch

an eine Umbelegung der Posten des Reichsernährungs- und Reichsarbeitsministers

gedacht war. Da jedoch positive Anhaltspunkte für die Form der Beendigung der Krise zur Zeit fehlen, wird man abwarten, den Gang der Ereignisse ruhig abzuwarten.

In den Abendstunden wurden im Reichspräsidentenpalais noch folgende Parteiführer empfangen: für die Deutschnationalen Dr. Dugensberg, für die Deutsche Volkspartei Dingerkötter und für die Bayer. Volkspartei Dr. Schäffer. Zur Entlastung des Reichspräsidenten wurden sie vom Staatssekretär Dr. Meißner über den Stand der Dinge unterrichtet. Weitere Mitteilungen über den Inhalt dieser Besprechungen werden gemäß dem bisher geäußerten Wunsch nicht gemacht, jedoch darf man, was die Deutschnationale Volkspartei angeht, aus ihrer bisherigen Einstellung schließen, daß sie sich auch erneut für die Unterführung eines ausagesprochenen Präsidialkabinetts zur Verfügung gestellt hat.

stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auch diesen Ihren Gedanken einsehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb ersuche ich Sie, als den Führer der stärksten Partei, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geleitete Regierung eine sichere, arbeitstägliche Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden. — Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstagabend.“

Auf Anfrage von Herrn Hitler stellte der Herr Reichspräsident folgende Voraussetzungen fest für eine Regierung und Reichsregierung, die er Herrn Hitler schriftlich formuliert übergab:

1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms — keine Wiederkehr des Dualismus Reich und Preußen — keine Einschränkung des Art. 48.

2. Persönlich: behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Reichsarbeitsamtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrichterlicher Vertreter des

(Fortsetzung siehe Seite 2)

Die Tür bleibt offen

Die Verhandlungen des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit dem Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, die am letzten Sonnabend so hoffnungsvoll eingeleitet wurden, sind am Donnerstag nachmittag mit der ablehnenden Antwort des Reichspräsidenten auf den letzten Vorschlag des Führers der Nationalsozialisten gescheitert. Es wird niemanden im nationalen Lager geben, der diese Entwicklung nicht auf das tiefste bedauert. Denn die Lage, in der sich unser Vaterland außer, inner- und wirtschaftspolitisch befindet, läßt einen Zustand der Ungewißheit, in den wir nun unerschlar wieder zu gleiten drohen, als nahezu unerträglich erscheinen. Welches die Gründe für ein Scheitern der Verhandlungen gewesen sind, läßt sich diesmal am Hand der ausgetauschten Schriftstücke unschwer feststellen. Insofern haben die langwierigen brüskierten Auseinandersetzungen, die in den letzten Tagen angeknüpft der auf beiden Seiten gemachten Vertraulichkeit die Gebuld der Öffentlichkeit an' eine harte Probe stellten, zweifellos ihr Gutes. Gerade im Hinblick auf das tragische Scheitern des ersten Versuches vom 13. August, der nationalsozialistischen Bewegung den ihrer Würde entsprechenden Einfluß auf die Geschicke des Staates einzuräumen, wird sich die dokumentarische Festlegung der Geschehnisse der letzten Tage als wertvoll erweisen. Damals standen subjektive Behauptungen, Meinungen und Auffassungen gegenüber, die niemand, außer den unmittelbaren Beteiligten, auf ihre objektive Richtigkeit nachprüfen konnten. Diesmal sprechen die Dokumente selbst, und sie sind der gesamten Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die sich ihr eigenes Urteil nun unumgekehrt bilden kann. Das ist gut so, denn es ist wohl heute einmütige Ueberzeugung aller, daß mit dem ergebnislosen Abschluß der Verhandlungen am Donnerstag das letzte Wort nicht gesprochen worden sein darf, daß vielmehr die Verhandlungen, sobald sich die Gemüter etwas beruhigt und die Wogen der Erregung gelähmt haben, nach nüchternen Prüfung der Ergebnisse dieser ersten Verhandlungsphase erneut aufgenommen werden müssen.

Hinreichend klar dürfte nun sein, wenn man sich den Verlauf dieser, an sich widersprechenden und verwirrenden Verhandlungen so reichen Tage vergegenwärtigt, daß der Reichspräsident Hitler als den Führer der größten Partei beauftragt hatte, ein Kabinett zu bilden, das sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen konnte. Also kein sogenanntes Präsidialkabinett. Hitler selbst erklärte dem Reichspräsidenten am Sonnabend, daß er für ein von ihm zu bildendes Kabinett sogar ein Ermächtigungsgesetz von einer Reichstagsmehrheit zu bekommen hoffe. Einer Beauftragung Hitlers mit dem Reichskanzleramt wäre auf parlamentarischer Grundlage demnach nicht mehr im Wege gestanden, wenn Hitler nicht die fünf Voraussetzungen, die der Reichspräsident für die Kabinettsbildung stellte, als unvereinbar mit einer parlamentarischen Regierung ersehen wären. Hitler glaubte, daß namentlich der Punkt, der auf endgültige Befestigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen gerichtet war, mit einem parlamentarischen Austrag unvereinbar sei, weil Zentrum und Bayerische Volkspartei einer solchen Regierungsaufgabe niemals zustimmen würden, eine parlamentarische Mehrheit also nicht zu erlangen gewesen wäre. Bedauerlicherweise konnte gerade in diesem wichtigen Punkte keine Einmütigkeit der Auffassungen erzielt werden. Der Reichspräsident glaubt jedoch auf Grund seiner ersten Unterredung mit den Führern des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei feststellen zu können, daß auch diese Parteien keine Wiederherstellung des Dualismus in alten Formen wünschten, sondern diese Frage vielmehr für eine Rekonstruktion der Weimarer Verfassung hielten. Die Nationalsozialisten betonten demgegenüber, daß nach ihrem Eindruck für das Zentrum die Vereinigung von Kanzleramt und preußischem Ministerpräsidium in einer Person nicht tragbar sein würde. Das mag richtig sein. Aber sollte es nicht andere Möglichkeiten geben, den Dualismus zu beseitigen? Beispielsweise in der Form, daß der neuwählende preußische Ministerpräsident dem Reichskabinett als Vizekanzler angeschlossen? Es ist wirklich nicht einzusehen, warum diese Lösung nicht die Billigung des Zentrums finden kann. Gerade in diesem Punkte sollte von den beteiligten Parteien in den nächsten Tagen Arbeit geschaffen werden. Denn wenn sich der hier bestehende Gegenstand zur Zufriedenheit aller bereinigen ließe, warum sollten dann Ver-

Heute:

Der D.N.-Krafffahrer

Seite 9 und 10